

Informationen zu den Referenten

Dr. Christoph Druschel ist Richter am Verwaltungsgericht in Halle, zur Zeit abgeordnet an das Bundesverwaltungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter und dort zuständig für das Recht der funktionalen Selbstverwaltung.

Publikationen (Auswahl):

- Die Verwaltungsaktsbefugnis, Berlin 1999
- Besitz verpflichtet?, in: di Fabio (Hrsg.), Jahrbuch des Umwelt und Technikrechts, Bd. 10 (1996), S. 361 - 394 (zusammen mit Markus Heintzen)

Prof. Dr. Winfried Kluth ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Richter am Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Instituts für Kammerrecht e.V. . Ein Forschungsschwerpunkt ist das Wirtschaftsverwaltungsrecht und das Recht der freien Berufe.

Publikationen (Auswahl):

- Herausgeber des Jahrbuchs des Kammer- und Berufsrechts
- Herausgeber des Handbuchs des Kammerrechts
- Herausgeber der „Schriften zum Kammer- und Berufsrecht“
- Verfassungs- und kammerrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung der staatlichen Aufsicht bei der Übertragung von Aufgaben der Berufszulassung und der Berufsaufsicht auf die Industrie- und Handelskammern, in: Kluth(Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2005, 2006, S. 181 - 210
- Die gemeinschaftsrechtlichen Grundlagen und berufsrechtlichen Wirkungen von Herkunftslandprinzip und Bestimmungslandprinzip, Eine Analyse am Beispiel von Dienstleistungs- und Berufsanerkenntnisrichtlinie, GewArch 2006, S. 1 - 8 (zusammen mit Frank Rieger)
- Funktionale Selbstverwaltung, Verfassungsrechtlicher Status - verfassungsrechtlicher Schutz, 1997

Prof. Dr. Thomas Mann ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht an der Georg-August-Universität Göttingen und im zweiten Hauptamt Richter am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist das Wirtschaftsverwaltungsrecht und das Recht der freien Berufe.

Publikationen (Auswahl):

- Berufliche Selbstverwaltung: in Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, 2006 (im Erscheinen)
- Deregulierung des Rechts der Freien Berufe - Eckpunkte der europäischen Entwicklung, in: Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2004, 2005, S. 211 - 231
- Bewältigung komplexer Verwaltungsaufgaben mit Hilfe der Public-Private Partnerships, in: Spannowsky (Hrsg.), Festschrift für Günter Püttner zum 70. Geburtstag, 2006 (im Druck)
- Gesetzliche Höchstaltersgrenzen als Verfassungsproblem, in: Hain/Schmitz u.a., Festschrift für Christian Starck zum 70. Geburtstag (im Erscheinen)
- Diplomanerkenntnisrichtlinie - Qualitätssicherung in Deutschland, in: Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Freiberuflichkeit im neuen Europa, Berlin 2004, S. 74-81
- Die Freien Berufe in Deutschland - Außenseiter oder unverzichtbarer Teil der freiheitlich-demokratischen Ordnung?, in: Landesverband der Freien Berufe e.V. (Hrsg.), 4. Tag der Freien Berufe, Erfurt/Weimar 2004, S. 7-24
- Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. Zur Fortentwicklung des Rechtsformenspektrums für öffentliche Unternehmen, Habilitationsschrift 2000/2001, Tübingen 2002
- Wasserverbände und demokratische Legitimation, München 2000 (zusammen mit Peter J. Tettinger und Jürgen Salzwedel)

Prof. Dr. Markus Möstl ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht II an der Universität Bayreuth. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist das Europarecht.

Publikationen (Auswahl):

- Wirtschaftsüberwachung von Dienstleistungen im Binnenmarkt - Grundsätzliche Überlegungen aus Anlass der Pläne für eine Dienstleistungsrichtlinie, DÖV 2006, S. 281 - 288
- Verwaltungsmodernisierung als Demokratieproblem, in: Bauer/Huber/Sommermann (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 389 - 409

- Renaissance und Rekonstruktion des Daseinsvorgebegriffs unter dem Europarecht, in: Brenner/Huber/Möstl (Hrsg.), Der Staat des Grundgesetzes - Kontinuität und Wandel Festschrift für Peter Badura, Tübingen 2004, S. 951-973
- Freiheit und Gebundenheit der Freien Berufe. - Die Freien Berufe auf dem Prüfstand des Verfassungs- und Europarechts, WiVerw 4/02, S. 213-229
- Grenzen der Rechtsangleichung im europäischen Binnenmarkt - Kompetenzielle, grundfreiheitliche und grundrechtliche Schranken des Gemeinschaftsgesetzgebers, EuR 2002, S. 318-350
- Grundrechtsbindung öffentlicher Wirtschaftstätigkeit. Insbesondere die Bindung der Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost an Art. 10 GG nach der Postreform II, Münchener Universitätschriften, Bd. 137, München, 1999

MinR Joachim Romers, Diplom-Volkswirt, Jahrgang 1959, ist als Mitglied des Bundesrechnungshofes zuständig für Grundsatzfragen der Wirtschaftlichkeit, des Vergaberechts und der Korruptionsprävention. Stationen seines beruflichen Werdegangs waren nach dem Studium an der Universität Bonn die Energie- und die Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft sowie der Controllingbereich der Deutschen Postbank AG. Seit 1997 gehört er dem Bundesrechnungshof an.

Dr. Harald Steindl ist seit 1996 Referent in der Abteilung für Rechtspolitik der Wirtschaftskammer Österreich. Außerdem ist er Experte in Aus- und Weiterbildung, im „New Public Management“ (Wiss. Beirat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer) und in der Transformation von Institutionen (Staatsreform), Coach von Spitzensportlern und Führungskräften, Managementtrainer. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Philosophie an den Universitäten Wien und Frankfurt/M. und der Promotion (1975) von 1976 - 1987 wiss. Mitarbeiter und persönlicher Assistent von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Helmut Coing am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt/M.). Nach der Tätigkeit an der Universität Passau 1991 bis 1995 mit dem Aufbau des ersten österr. Executive Master of Business Administration-Programms an der Wiss. Landesakademie für NÖ beauftragt. e-mail: harald.steindl@wko.at

Publikationen (Auswahl):

- „Good Public E-Governance“, ÖMH 2003/3
- „Sozialpartnerschaft neu“ - ein Hoffnungsschimmer, in: Payrleitner(Hrsg.), Die Fesseln der Republik, Wien 2002
- Abschied vom Verbändestaat, in: Payrleitner(Hrsg.), Österreich Neu, Wien 2000
- Austria 2.0 - auf der Suche nach einem neuen Betriebssystem, in: Payrleitner(Hrsg.), Wege aus der Erstarrung, Wien 1999
- Glanz und Elend der Freien Berufe, Wirt-pol.Bl. 1999/4
- „Lean Administration“ als Wettbewerbs- und Standortfaktor, in: „New Public Management“, Wien 1997
- Die Einführung der Gewerbefreiheit, in: Coing (Hrsg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte III/3, München 1986

Adam Szafranski, mag. iur. ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Wirtschaftsverwaltungs- und Bankenrecht der Universität Warschau, Leiter der Deutschen Rechtsschule an der Universität Warschau.

Staatssekretär Dr. Joachim Wuermeling ist beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Zuvor war er nach Stationen beim Bayerisches Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten in Bonn (1989-1993), bei der Europäischen Kommission (Kabinetts des Kommissars Peter M. Schmidhuber 1993-1995), der Bayerischen Staatskanzlei in München als Referatsleiter für die Beziehungen zu den europäischen Institutionen, Assistent des Ministerpräsidenten im EU-Ausschuss der Regionen und Referatsleiter für Grundsatzfragen der Europapolitik (1995-1999) Mitglied des Europäischen Parlaments (1999-2005) und Mitglied des Europäischen Verfassungskonvents (2001-2003). Während seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament war er Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und stellv. Koordinator der EVP-ED-Fraktion für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Publikationen (Auswahl):

- Die Tragische: Zum weiteren Schicksal der EU-Verfassung, ZRP 2005, 149-153
- Kalamität Kompetenz: Zur Abgrenzung der Zuständigkeiten in dem Verfassungsentwurf des EU-Konvents, EuR 2004, 216-229
- Recht vereinfacht und modernisiert, EU-Legislativpaket und kommunale Auftragsvergabe, StG 2004, 61-62
- Europa neu verfassen - Zum Stand der Arbeiten des EU-Verfassungskonvents, BayVBl 2003, 193-195
- Legislativer Trilog im institutionellen Dreieck der Europäischen Gemeinschaft : das Verfahren der Zusammenarbeit nach Artikel 149 Absatz 2 EWGV, San Domenico 1990
- Kooperatives Gemeinschaftsrecht : die Rechtsakte der Gesamtheit der EG-Mitgliedstaaten, insbesondere der Gemeinschaftskonventionen nach Art. 220 EWGV, Kehl u.a. 1988